

Ludwig Watzal

Trotz Elend und Trostlosigkeit

Das Schicksal der Palästinenser im Gaza-Streifen

Das Flüchtlingslager Jabalia im Gaza-Streifen ähnelt in der sommerlichen Hitze einem Haufen glühender Kohlen. Heiß brennt die Mittagssonne auf die Sandwege des Lagers. Der Besucher glaubt, auf einem anderen Stern zu sein. Der „Strip“ gleicht einer großen Müllhalde. Rechts und links der „Straßen“ türmen sich Berge von Müll. Tote Esel liegen mit aufgeblähten Bäuchen unbeachtet am Straßenrand. Auf Schritt und Tritt umweht den Besucher der Gestank faulenden Mülls. Die Menschen durchstreifen diesen Abfall, als ob sie noch etwas Eßbares in ihm suchten, um es sogleich wieder wegzwerfen. Im Flüchtlingslager Shati, idyllisch am Mittelmeer gelegen, könnten sich Touristen von der Sonne verwöhnen lassen. Doch wo man Hotels, Feriengäste und gepflegte Anlagen erwarten könnte, bietet sich das gleiche Bild der Hoffnungslosigkeit: Unrat, Bauschutt, Armut.

Von dem israelischen Ministerpräsidenten Rabin wird kolportiert, er habe sich gewünscht, der Gaza-Streifen möge einfach im Meer versinken. Dieses Schicksal hätten die mehr als eine Million Palästinenser und das Land jedoch nicht verdient. Der erbarmungswürdige Zustand ist auch das Produkt 26 Jahre dauernder israelischer Besatzungspolitik. Das Land sei in ein „Gefängnis“ verwandelt worden, sagt der Rechtsanwalt Rahman Abu Nasr aus Gaza. Nur bei Bedarf erhalten Palästinenser aus dem Gaza-Streifen die Erlaubnis, als Tagelöhner in das benachbarte Israel zu reisen. Abu Nasr gehört der „Vereinigung palästinensischer Rechtsanwälte für Menschenrechte“ (PLHR) in Khan Yunis an. Die Arbeit dieser 1991 gegründeten Organisation gilt der Beobachtung und der Registrierung aller Menschenrechtsverletzungen im Gaza-Streifen. Schwerpunkte der Arbeit sind Veröffentlichungen über Vorgänge in den Gefängnissen und Internierungslagern sowie die Aktivität der „Todesschwadronen“. Dies sind israelische „Sondereinheiten“, die „gesuchte Personen“ verfolgen und umbringen sollen. Im Westjordanland arbeitet die sogenannte „Dadofan“- und im Gaza-Streifen die „Sampson“-Einheit.

Mord und Folter

Als israelische Spezialeinheiten, die, als Araber verkleidet, perfekt Arabisch sprechend und Autos mit lokalen Kennzeichen benutzend, sollen sie das Rückgrat der Intifada, des seit Dezember 1987 andauernden Palästinenseraufstands, brechen. Regierungsstellen leugneten die Existenz dieser Sondereinheiten, bis am 21. Juni 1991 ein fünfzehn Minuten dauernder Film deren Existenz bestätigte. Eine bizarre innerisraelische Diskussion begann über der Frage, ob der Film eine Gefahr für die Mitglieder dieser Einheiten darstelle. Kein Wort über die Opfer und die rechtswidrigen Taten. Die Existenz dieser Sondereinheiten gab in einem Gespräch auch ein ehemaliger Polizeioffizier zu, der nicht genannt sein möchte. Es gebe in den Gefängnissen Spezialabteilungen, die nur vom Geheimdienst kontrolliert würden. Die Gefängnisleitung habe über sie keine Kontrolle. Es bedienten sich auch andere „sicherheitsrelevante Einrichtungen rechtswidriger Tricks“, wie der Inszenierung von „Unfällen“, dies seien eben die „Spielregeln“ im Nahen Osten. Auch den Palästinensern stehe es frei, sich solcher Methoden zu bedienen, was sie auch täten. Berüchtigt sind vor allem Mitglieder der fundamentalistischen Hamas-Bewegung, die nicht nur zahlreiche Israelis, sondern auch „Kollaborateure“ aus den eigenen Reihen auf teilweise bestialische Weise getötet haben.

Nach Meinung von Samir Daher – Rechtsanwalt von PLHR – hat es seit der israelischen Besetzung keinerlei Fortschritt gegeben. Ja, man könne nicht einmal von einem Stillstand, sondern müsse von Rückschritt sprechen. Israel investiere nur in Siedlungen und den Ausbau ihrer Infrastruktur sowie in „sicherheitsrelevante“ Vorhaben wie Straßen, die auch vom Militär genutzt würden. Alles andere sei dem Verfall preisgegeben. Wenn Israelis die hohe Bevölkerungsdichte des Gaza-Streifens beklagten, erwähnten sie nie, daß viertausend Siedler die gleiche Fläche wie eine Million Palästinenser zur Verfügung hätten.

Für Rechtsanwalt Raji Sourani, Direktor des „Gaza-Zentrums für Rechte und Gesetz“, hat sich das Militärregime „wie ein Krebsgeschwür im Körper der Palästinenser festgesetzt“. Er beschuldigt die Israelis des groben Bruches der Vierten Genfer Konvention vom 12. August 1949. Für ihn sind die Militärverwaltung und deren Verordnungen so-

wie die Militärgerichte völkerrechtswidrig; die Urteile seien illegal. Insbesondere würden die palästinensischen Rechtsanwälte von der Militärverwaltung und vor den Gerichten diskriminiert und gedemütigt. Wollten palästinensische Anwälte ihre Mandanten in den Gefängnissen besuchen, müßten sie strengste Sicherheitskontrollen über sich ergehen lassen. Mit ihren Mandanten dürften sie nur für eine halbe Stunde im Beisein eines Aufsehers sprechen. Den israelischen Anwälten bleibe diese Behandlung erspart.

Seit der gänzlichen Abriegelung der besetzten Gebiete am 30. März 1993, die wegen der sich häufenden Morde an Israelis durch Palästinenser vorgenommen wurde, hat sich die Lage dramatisch verschlechtert. Im Mai starben 29 Palästinenser durch israelische Sicherheitskräfte. Allein fünf Kinder im Alter von 11 und 13 Jahren sollen von israelischen Sicherheitskräften getötet worden sein. Rechtsanwalt Daher war Augenzeuge der Erschießung eines acht Jahre alten Jungen in Khan Yunis, der seine Mutter beim Einkaufen begleitete. Normalerweise schießen die Israelis nur auf Kinder, wenn sie sich durch Steinwürfe bedroht fühlen.

Ebenso hat die Zerstörung von Häusern durch Panzerabwehrraketen und Granaten zugenommen. Manche Häuser in Gaza sehen aus wie nach einem Luftangriff.

Seit Ausbruch der Intifada gilt von neun Uhr abends bis vier Uhr früh eine Ausgangssperre im Gaza-Streifen. Trotz der Trostlosigkeit trifft der Besucher in Gaza Menschen, die ungeachtet ihres Elends und der ausweglosen Lage in bewundernswürdiger Weise ihre Humanität bewahrt haben. Es gibt nicht nur Terroristen.

„Die Opfer des Hitler-Terrors produzieren wieder Opfer“, sagt der Arzt aus al Bireh und Leiter des „Arabischen Zentrums für zeitgenössische Studien“ in Ost-Jerusalem, Muhammad Abu Zaid, zugespitzt. Der an der Freien Universität in Berlin ausgebildete Medizi-

ner erhielt im November 1991 den „Hiroshima-Preis für Frieden und Kultur“ einer schwedischen Stiftung. Den Betrag investierte er in den Aufbau des Kulturzentrums, das den Palästinensern in den besetzten Gebieten jüdisch-israelische Kultur vermitteln will.

Wenn es nach Abu Zaid ginge, würden die Palästinenser in einer oder zwei Generationen jüdische Vorlieben und Eigentümlichkeiten kennen und diese Kenntnisse benutzen, um gut nachbarschaftliche Beziehungen zu Israel aufzubauen. Das palästinensische „Dayan-Zentrum“ steckt jedoch noch in den Kinderschuhen. Wegen der Abriegelung der besetzten Gebiete ist es Abu Zaid nicht möglich, nach Ost-Jerusalem zu kommen. In seiner Wohnung in der Doppelstadt Ramallah/al Bireh stößt der Besucher gewissermaßen auf deutsche Gründlichkeit und Ordnung; zehn Jahre Deutschland haben ihre Spuren hinterlassen. Platten mit klassischer Musik und unzählige Bücher zeugen von der umfassenden Bildung Abu Zaid's. Er spricht sogar ein wenig Jiddisch und lernt gerade Hebräisch. „Auf der Suche nach meiner Identität als Palästinenser oder Araber entdeckte ich den Weg zu einer anderen Identität. Es gibt etwas an der palästinensischen Identität, das der jüdischen ähnlich ist. Palästinenser zu sein, aus Palästina zu stammen, bedeutet eine Wechselbeziehung zwischen allen diesen Elementen – dem jüdischen, arabischen, israelischen und palästinensischen. Wir müssen die Gegenseite verstehen, wenn wir uns selbst verstehen wollen.“

Die Beschäftigung mit der Geschichte und Kultur des Judentums hat bei Abu Zaid zu einem starken Interesse und einer Faszination geführt. Sein Ziel ist es, seinen Landsleuten nahezubringen, wie die Juden denken und handeln. Er wehrt sich gegen die Klischees wie Zionisten, Rassisten oder Imperialisten, weil sie über den wahren Charakter des anderen nichts aussagen. Dieser weitverbreiteten Ignoranz entgegenzuwirken, gilt sein Bemühen. Abu Zaid hat engen Kontakt mit Juden in Israel und im Ausland. In Gesprächen versucht er sie auf ihre Verantwortung für die palästinensischen Flüchtlinge hinzuweisen. Auf die Antwort, sie seien doch geflohen, zeigt er ihnen Dokumente, die beweisen, daß dies nicht stimme. „Die palästinensische Gesellschaft ist systematisch zerstört worden. Warum solltet Ihr nicht die moralische Verantwortung dafür übernehmen? Das ist der Weg zum Frieden; das ist der Weg, den ich sehe.“

Aus der Ferne ertönt der Ruf des Muezzins. Für den Besucher ein Signal zum Aufbruch. Unter den Bedingungen der Abriegelung muß man sich beeilen,

nach Jerusalem zurückzukehren, da nach Einbruch der Dunkelheit so gut wie keine palästinensischen Taxis mehr verkehren. Da Abu Zaid kein Telefon besitzt, machen wir uns zu Fuß auf den Weg zum Taxistand. Unterwegs erzählt Abu Zaid von seinen Sorgen um die Menschenrechte in den besetzten Gebieten. Völlig überraschend fügt er hinzu: „Erst wenn die Palästinenser ihre Autonomie oder ihren eigenen Staat haben werden, wird der Kampf beginnen und damit auch der Kampf um die

Menschenrechte innerhalb einer palästinensischen Gesellschaft.“ Welcher Art die Verletzungen sein könnten, will er sich nicht vorstellen.

Unser Fußmarsch wird durch die Begegnung mit dem palästinensischen Schriftsteller Izzat Ghazzawi unterbrochen, dessen Buch „Point of Departure. Letters from Prison“ Abu Zaid's Zentrum herausgegeben hat. Nach dem Austausch einiger Höflichkeiten gibt Abu Zaid dem Besucher noch eine Mahnung mit auf den Weg: „Ihr Deutschen habt auch eine Verantwortung für die Palästinenser. Die Opfer der Opfer haben ein Recht auf Unterstützung.“

Menschenrechte werden in den besetzten Gebieten ständig verletzt. Dies

hat auch eine Konferenz mit dem Titel: „Der internationale Kampf gegen Folter und das israelische Beispiel“, die Mitte Juni in Tel Aviv stattfand, bestätigt. Der Tenor der Konferenz: Mit Wissen und Billigung der Regierung werden durch den Geheimdienst Shin Bet Palästinenser in den Gefängnissen gefoltert. Israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen sowie Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, amnesty international und dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNWRA) berichteten über die Foltermethoden. In einer emotionslosen, abgeroutinierten Art wurde das Thema abgehandelt. Das System der Folter könne nur funktionieren, weil es durch das Stillschweigen der Ärzte mitgetragen werde, so ein häufig gehörter Vorwurf. Der palästinensische Arzt Mamdouh al Aker – selbst Folteropfer – rief seine israelischen Kollegen dazu auf, „das tödliche Schweigen zu durchbrechen“.

Der Menschenrechtsanwalt Avigdor Feldman sieht in Israel die „Bürokratisierung der Folter“ fortschreiten. Der Geheimdienst, der „mit dem Staat Israel kam“, existiere außerhalb des Gesetzes als „parasitäres System“, das an anderen staatlichen Institutionen partizipiere

und seine Macht für illegale Zwecke nutze. Die Fundamente dieser „postmodernen Foltergesellschaft“ seien durch den Landau-Bericht – genannt nach dem ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichts, Moshe Landau – gelegt worden. Dieser Bericht, in dem die Praktiken des Geheimdienstes untersucht worden waren, gebe den Verhörern freie Hand, weil er die Anwendung „moderater physischer Gewalt“ bei Verhören für zulässig erkläre.

Wie in einem demokratischen Staat der Geheimdienst zuweilen mit Palästinensern umgeht, zeigt das Beispiel eines 27 Jahre alten Studenten an der Universität Bethlehem. Der Anlaß seiner Verhaftung sei die Tötung seines Freundes durch einen Kopfschuß bei einer Demonstration gewesen. Daraufhin habe er aus Wut und Verzweiflung Steine auf die Soldaten geworfen. Die Verhaftung führte ihn in die Folterkammern des Geheimdienstes im Gefängnis von Hebron; nach seinen Angaben wurde er

dreißeig Tage von fünf Verhörern malträtiert, bevor er zu dreißeig Monaten Haft verurteilt worden sei. Man schlug ihn, er mußte tagelang gefesselt auf einem Stuhl mit stinkender Kapuze über dem Kopf in seiner Zelle zubringen. Dann steckte

man ihn für sechs Tage in seiner Sommerkleidung in den „Kühlschrank“, in dem er bei Minusgraden ausharren mußte. Ein Verhörer übte an ihm für einige Tage Karate. Er wurde gefesselt auf den Boden geworfen, man trat ihm in die Genitalien. Ein israelischer Arzt, der gerufen wurde, konnte keine Verletzungen feststellen, obwohl der Student am After blutete. Ein ihm bekannter deutscher Arzt wurde nicht zugelassen, da er auf einer „schwarzen Liste“ stehe, wie die Verhörer zugaben. „Ohne die Zusammenarbeit zwischen Shin Bet und den Ärzten könnte das Foltersystem des Geheimdienstes nicht aufrechterhalten werden.“ Trotz dieser Mißhandlungen sprach der Student maßvoll über die Soldaten und die Israelis.

Auch der palästinensische Journalist Hani Isawi mußte zweimal für vier Wochen die Torturen des Geheimdienstes über sich ergehen lassen. Mit achtzehn Jahren wurde er verhaftet und für sechs Monate in ein Internierungslager gesteckt, bevor er von 1970 bis 1980 eine Gefängnisstrafe absitzen mußte.

Die häufigsten Verhör- und Foltermethoden sind: Schlaf- und Essensentzug, Verbalinjurien, Demütigungen und Androhung von Verletzungen, Schläge mit Knüppeln auf alle Körperteile, langes Stehen mit einem übelriechenden Sack über dem Kopf und gebundenen Händen und Füßen, manchmal auch in besonders engen Räumen, die „Klo“ oder „Kühlschrank“ genannt werden, in denen der Häftling nicht aufrecht stehen kann. So ist bei der „Bananen“-haltung der Körper nach hinten gebogen, die Hände sind an den Fußknöcheln gefesselt. Beim „Shabakh“ sind die Gefangenen an ihren Armen, die wie Röhren zusammengebunden sind, an der Decke aufgehängt, so daß sie den Boden gerade noch mit ihren Zehen berühren können. In diesen Stellungen werden sie dann entweder mit Knüppeln oder mit Fäusten geschlagen. Diese Foltermethoden wurden von Mißhandelten in eidesstattlichen Erklärungen gegenüber ihren Anwälten bestätigt und dann von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen wie B'Tselem veröffentlicht.

Die Verantwortung der Besatzer

In Israel sind fünfzehn Menschenrechtsorganisationen tätig, was es in keinem anderen Land der Welt gibt. Ein Kuriosum unter diesen Organisationen stellt die „Society of St. Yves“ dar. Als einzige katholische unter der Schirm-

herrschaft des katholischen Patriarchen von Jerusalem, dem Palästinenser Michel Sabbah, ist sie auf exterritorialem Gelände – im Notre-Dame-Komplex –

untergebracht, das dem Vatikan gehört. Geleitet wird die „Gesellschaft vom Heiligen Ivo“ – der Heilige war Anwalt und Priester für die Armen und Unterdrückten im 13. Jahrhundert – von einer in Südafrika geborenen Jüdin, die am Fest Allerheiligen im Jahre 1988 zum katholischen Glauben übergetreten ist. Lynda Brayer beschreibt sich selbst als ein Paradoxon: „Eine israelische Jüdin, die Palästinensern in einer solchen Zeit hilft, eine gutgehende Anwaltskanzlei aufgibt und in eine finanziell ungewisse Zukunft aufbricht, kann nicht normal sein.“

Nach ihrer Rückkehr aus Amerika im Jahre 1982 begann ihre kritische Phase; sie setzte sich mit Judentum und Zionismus auseinander. Gershom Scholems Buch „Jude und Judentum in der Krise“ übte großen Einfluß auf sie aus. Lynda Brayer entdeckte plötzlich zwei verschiedene Wertordnungen in Israel. Das „neue Jerusalem“, das das moderne Israel ist, erschien ihr als eine Wiederherstellung von Sparta, in dem die Kriegskunst den höchsten gesellschaftlichen Wert darstelle. Der Zionismus habe den modernen Juden das Judentum in dieser Form nahegebracht und damit jene alten jüdischen Werte ersetzt, die in der Bibel genannt werden. „Das wahre Judentum mußte sich dem Zionismus unterordnen.“ Das Gutsein gegenüber den Fremden wie auch gegenüber den Witwen ist besonders im Talmud herausgestellt; es findet sich aber auch bei den Propheten. „Die Tragödie für mich besteht darin, daß der Zionismus Werte betont, die nicht wichtig für das Judentum sind.“

Kurz nachdem die „Gesellschaft vom Heiligen Ivo“ am 1. Januar 1991 gegründet worden war, zog die streitbare Anwältin vor das Oberste Gericht und erreichte die Verteilung von Gasmasken an die Palästinenser; diese Entscheidung hat die Gesellschaft und ihre impulsive Vorsitzende über Nacht berühmt gemacht. Während des zweiten Golfkrieges wurden an alle Israelis und an die Siedler in den besetzten Gebieten Gasmasken verteilt, nur die Palästinenser gingen leer aus. Dem Argument Frau Brayers, daß die Palästinenser Menschen seien und die Besatzungsmacht nach Völkerrecht für ihren Schutz verantwortlich sei, schloß sich das Oberste Gericht an. Die anschließend verteilten 172.000 Gasmasken waren jedoch zuwenig und zudem oft defekt. Der zweite Golfkrieg ging glücklich zu Ende, ohne daß Israel in den Konflikt eingreifen brauchte.